

**KAMPF**  
UM DIE  
**SCHOLLE**

**Das Bauernhilfsprogramm der KPD**

**Preis 10 Pfennig**

**ERNST THÄLMANN**

## **Volksrevolution über Deutschland**

In dieser Rede, gehalten in dem Plenum des ZK. der KPD., 15. bis 17. Januar 1931, erklärt der Führer der deutschen Kommunisten die politische und wirtschaftliche Situation, die Lage der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen, er zeigt den Ausweg aus dieser Krise — die Volksrevolution.

64 Seiten

20 Pfennig

## **Osthilfe- Volksbetrug**

Das wahre Gesicht des „Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für die mitleidenden Gebiete des Ostens“ vom 31. März 1931

2 500 Millionen Reichsmark Unterstützung bewilligt der Reichstag den östlichen Gebieten.

Wer bekommt diese Unterstützung?

Junker und Großbauern sind die Nutznießer der „Osthilfe“.

Die soeben erschienene Broschüre zeigt die heutige Situation in Ostpreußen — Kleinbauern ohne Land, Landarbeiter ohne Löhne und dagegen Großbauern mit Land, Geld und dazu noch Unterstützungen.

24 Seiten

10 Pfennig

**HERAUSGEGEBEN VOM ZK. DER KPD.**

## **Kampf um die Scholle**

**Das Bauernhilfsprogramm  
der KPD.**



**INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG  
BERLIN C 25**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Der Kampf um die Scholle . . . . .	3
II. Bauern ohne Land . . . . .	5
III. „Berebungswirtschaft“ wird uns retten! . . . . .	7
IV. Maismonopol ruiniert die kleinen Geflügelhalter . . . . .	9
V. Der Zudrückenbau — ein Privileg der Großen! . . . . .	10
VI. Der Steuerack des Arbeitsbauern . . . . .	10
VII. Hinsen und Pfaffen fressen den Bauern . . . . .	12
VIII. Der Zwischenhandel lebt auf Kosten der Bauern und Arbeiter . . . . .	14
IX. Die Wucherpreise der Großindustrie . . . . .	15
X. Verhungern bei vollen Scheunen! . . . . .	17
XI. Milliarden für die Großen . . . . .	18
XII. Arbeiter, Bauern in Stadt und Land, reißt euch die Hand! . . . . .	20
Anhang: Bauernhilfsprogramm der KPD. . . . .	22



Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag 1931, Berlin C 26,  
Besamtwortlich für Inhalt und Verlag: Willi Rasper, MdC, Berlin.  
Druck: Druckerei Fortschritt AG, Billale Hannover, Klagesmarkt 21.

## I

### Der Kampf um die Scholle

Eine nie dagewesene Wirtschaftskrise hat fast die ganze Welt ergriffen. Rund 30 Millionen Erwerbslose zählt man in den großen „Kulturländern“. Hochöfen und Fabriken liegen zum großen Teil still oder arbeiten nur wenige Tage in der Woche. Die Vorräte in den Lagerhäusern häufen sich.

Auch die Landwirtschaft ist in den Ruin hineingeritten. 11 bis 12 Millionen Tonnen Weizen liegen unverschütt in den amerikanischen und australischen Getreidehain. Schon ist es zu Hungertwahlen zermürbeter Farmer gekommen. Selbst in den schwereren Krisenjahren am Ausgang des letzten Jahrhunderts fanden die Getreidepreise nie so tief wie heute. Und die Preise für Schweine, Vieh, Molkeerzeugnisse, Futtermittel sind ihnen nachgefallen.

Ein fieberhaftes Wettrennen aller Staaten hat begonnen, um sich vor der Hochflut des Lebensmittelnot zu schützen. Man sperrt die Grenzen mit Zollmauern, Einfuhrverboten, Einfuhrkontingenzen. Man errichtet Staatsmonopole, die die Einfuhr und den ganzen Verkehr regulieren sollen; man schafft einen gesetzlichen Verwendungszwang für Inlandsprodukte; man gibt der einheimischen Industrie und Landwirtschaft Beihilfen, Kredite, Steuererlässe, Fruchtversicherungen, damit sie sich umstellen sollen auf marktgängige Ware, damit sie durch Mechanisierung des Betriebes die Unkosten senken; ja, man scheut sich nicht, die Löhne der Arbeiter und Angestellten scharf zu kürzen, den Erwerbslosen, Kranken, Arbeits- und Kriegsinvaliden die Unterhaltungen zu beschneiden, nur um Geld freizumachen für Exportprämien und andere Ausgaben des gescheiterten Kampfes um die Märkte.

Und das alles hält die Krise nicht auf! Wie der schwarze Tod im Mittelalter löschte sie weiter von Land zu Land. In keiner Grenze macht sie halt. Sie ist in Frankreich wie in Amerika, in Australien wie in Deutschland zu Hause, die Arbeiter jagt sie aus der Werkstatt, den Bauern von der Scholle.

In Deutschland, das den Krieg verloren hat, ist sie besonders heftig. 2 Milliarden Mark Kriegskredite jährlich sind kein Besseres. 5 Millionen Erwerbslose zählte man am 15. März 1931. 13 Millionen Menschen, so erklärte Minister Brüning, sind nun öffentlich Unterstützung abhängig. Die Reichsstelle hat ein Defizit von rund 1 Milliarden Mark, von der verzeichelten Lage der Länder und Gemeinden gar nicht zu sprechen. Und das trotz rückfälliger Steuererhöhungen und Einsparungen, trotz Tabaksteuer, Biersteuer und Zuckersteuer, trotz Kopf- und Getränkesteuer, trotz unerhörter Verschärfung der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, der Gemeinwohlhilfe, der Krankentafel, ja, selbst der Invaliden- und Kriegsoffizierrenten. „Im Gegenteil, je härter man „part“, je härter die Steuer- schraube angezogen wird, je mehr man künstlich die Preise hochsubstanten sich bemüht, desto tiefer wird die Krise, weil der Verbrauch noch mehr zurückgeht, weil jeder Arbeiter, jeder Bauer, jeder Klein- erwerbstätige noch mehr als bisher den Hungerriemen anziehen muß.“

Und schon folgt dem Massensterben der Wirtschaft das Massensterben der Menschen. Die Geburtenzahl geht nicht allein in den Großstädten, sondern auch auf dem flachen Lande rasch zurück. Die Schwindsucht, die Krebsstrantheit und andere Volksleiden nehmen überhand. Nicht mit Unrecht klagte der Landrat des Kreises Hallenberg in der Grenzmark beim Empfang des Reichstagslers aus seiner Dittziele, daß die große Zahl der verreckenden Kinder aus den bäuerlichen Kreisen stammen; denn der kleine arbeitende Bauer kann sich schon seit Jahren nur auf seiner Scholle halten, wenn er das letzte Ei, den letzten Liter Milch verkauft und mit seiner Familie bei härtester Arbeit von Kartoffeln und entrastmter Milch lebt.

Hunderttausende kleiner Bauern in Deutschland konnten sich außerdem nur deshalb halten, weil Eöhne und Löhner in der Industrie auf dem Rückgang waren. Auch das hat heute zum großen Teil aufgehört. Nun müssen sie, wie der Arbeiter in der Stadt, "hempeln" gehen, ohne aber Unterstützung zu bekommen, denn nach Ansicht der Regierung und der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung genügen 2 bis 3 Hektar Land, um eine 7köpfige Familie zu ernähren.

Kein Wunder, daß Sturmwolken über Deutschland stehen: Demonstrationen der Hungernden und Ausgesteuerten, Streiks gegen den Rohstoffabbau, Bauernrevolten, Widerstand gegen Zwangsvollstreckungen — Rot kennt kein Gestalt, Gehehe hören auf, wo das Gesetz der nackten Selbsterhaltung anfängt.

Die Regierung will dem Sturm durch "Notverordnungen" steuern. Kleiner Belagerungszustand, Vollzeitzinzel, Gendarmen, die die Vollstreckungsbeamten schützen, Zeitungsverbote, Gefängnis, ja Justizurteile, — aber kann das den Hungernden Brot schaffen? Kann das den Arbeitsbauern vor Schulden und Gant schützen? Die Sturmwolken ziehen höher — jeder Arbeitsmann, jeder werttätige Bauer muß wissen, wohin er gehört, welchen Weg er gehen, mit wem er kämpfen will.

### Bauer in Not!

Bauer in Not! Der Ruf ist nicht neu. Aber der Notruf allein bringt nicht die Rettung. Es kommt darauf an, welche Mittel und für wen sie angewandt werden.

Am 12. Februar 1931 gab der Zentrumsabgeordnete Professor Dehla uer im Reichstag eine Aufstellung bekannt, wonach jährlich eine Summe von 400 Millionen Mark vom deutschen Volke aufgebracht wird, um die Landwirtschaft zu füttern.

400 Millionen Mark jährlich — das Doppelte der Kriegskribute — an Zöllen, Preisstützungen, Ansoverbilligungen, Darlehen und Zuschüssen, Exportprämien, Steuernachlässen und dergleichen, zum "Schutze der Landwirtschaft". Wer bezahlt sie? Die Massen der werttätigen Steuerzahler und Konsumenten: Arbeiter und kleine Bauern!

Reichsernährungsminister Schiele konnte im Reichstag auf "bescheidige Erfolge" hinweisen, die er mit dieser Politik erzielt hat. Welchen kostet z. B. in Berlin 300 Mark die Lonne, auf dem Weltmarkt 95 bis 115 Mark. Roggen liegt Anfang April auf 185 Mark die Lonne, in Rotterdam kostet er 70 Mark. Zuder kostet auf Roggebeut in Groß-

handel 20 Mark der Zentner, in London 7 bis 8 Mark. Selbst der Sturz der Schweinepreise in Deutschland auf 40 Mark und darunter je Zentner Lebensgenüß ist verhältnismäßig klein gegenüber dem Preissturz in Polen und Dänemark, wo der Zentner um 25 bis 27 Mark verkauft wird. Mit Hilfe des Vermahlungszwanges und der regelrechten Speergölle sowie des Maismonopols ist es gelungen, die Einfuhr von Brot- und Futtergetreide in wenigen Monaten um hunderttausende Tonnen zu verringern.

Und trotzdem melden die Zeitungen, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen in letzter Zunahme begriffen ist und ganz besonders die Zwangs- und Notverkäufe aus bäuerlichem Besitz. Und jeder Bauer weiß aus eigener Erfahrung, daß seine Lage nicht besser, sondern schlechter geworden ist. Hier muß was sein in dem "Bauernschutz" der Regierung, in den Vor schlägen und Rettungsprogrammen der Landbunds- und Bauernvereinsführer selbst. Gehen wir dem Uebel auf den Grund!

II.

### Bauern ohne Land

Bauer gehört zu Bauer! rufen die Führer der Grünen Front und meinen damit, es gehe dem Rittergutsbesitzer, ja selbst der hochadligen Grundherrschaft nicht besser als dem kleinen Büdner, der als Ein- oder Zweispänner oder vielleicht gar nur mit Kühen, wie in Süddeutschland üblich, sein Geld bestell. Und doch führt der eine im Auto, und der andere geht zu Fuß; die Frau des einen amüsiert sich im Modebad, die Kleinbauern steht infolge Heberarbeit dahin. Das ist also die erste große Lüge, mit der man den Bauern auf falsche Bahn gelockt hat. Der "gnädige Herr" auf dem Schloß und der Kleinbauer in der Hütte haben verdammt keine Interessen miteinander gemein. Ein Blick auf die deutsche Betriebsstatistik und die Eigentums- oder Pachtverhältnisse beweist das.

	Betriebe unter 8 Hektar:	Landwirtschaftliche Güter:
	71 % aller Betriebe	7 % der landwirtsch. Güter
Härscheun	77 %	11 %
Branbenburg	71 %	6 %
Pommern	65 %	6 %
Grenzmark	70 %	13 %
Niederrhein	78 %	21 %
Oberpfälzen	84 %	16 %
Sachsen	79 %	7 %
Schleswig-Holstein	80 %	20 %
Hannover	89 %	25 %
Westfalen	86 %	38 %
Hessen-Nassau	89 %	33 %
Rheinprovinz	71 %	34 %
Doburgollen		

Im Reichsdurchschnitt bewirtschaften 77 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe 17,6 Prozent der landwirtschaftlichen Güter.

Die mittleren Bauernbetriebe mit 5 bis 20 Hektar betragen 19 Prozent aller Betriebe und bewirtschaften 85,8 Prozent des Bodens

3,9 Prozent Großbauern bewirtschaften dagegen 20,4 Prozent des Bodens und

0,2 Prozent Rittergüter 20,2 Prozent des Bodens.

Was bedeuten diese Zahlen? Sie bedeuten, daß weniger als 19 000 Rittergüter (mit 5,16 Millionen Hektar) mehr Boden bebauen als 4 000 000 Jerng- und Kleinbauern (mit 4,5 Millionen Hektar), 1 000 000 mittlere Bauernbetriebe bewirtschaften mit rund 9,2 Millionen Hektar um fast einem Drittel weniger Boden als noch nicht einmal 220 000 Großbauern und Junker mit 11,9 Millionen Hektar.

Was ist die Folge dieser Bodenverteilung in Deutschland?

70 Prozent aller Bauern können überhaupt keine modernen Ackerbaumaschinen verwenden, 18,9 Prozent aller deutschen Bauern können Maschinen nur ganz ungenügend verwenden. Und nur 0,2 Prozent sind inländische, wirklich mit Erfolg zeit- und arbeitssparende Maschinen zu gebrauchen.

Was aber Maschinen in der Landwirtschaft bedeuten, zeigt folgende Aufstellung:

Äpfeln mit Äpfeln . . . . .	4,0	Arbeitstage für 1 Hektar
Äpfeln mit Dampfäpfel . . . . .	0,6	" " " " " " " "
Grasmähen mit Sense . . . . .	2,5	" " " " " " " "
Grasmähen mit Grasmäher . . . . .	0,5	" " " " " " " "
Getreidemähen und -binden mit		" " " " " " " "
Selbstmäher . . . . .	3,0	" " " " " " " "
Getreidemähen und -binden mit		" " " " " " " "
Selbstbinden . . . . .	0,3	" " " " " " " "
Kartoffelzerlesen mit Hand . . . . .	5,6	" " 100 Doppeltentner
Kartoffelzerlesen mit Maschine . . . . .	2,8	" " " " " " " "
Wbladen v. Garben m. Hand . . . . .	24,0	" " 100 Fuder
Wbladen v. Garben m. Höhenfördr. . . . .	9,0	" " " " " " " "

Welche gewaltigen Ersparnisse an Arbeitskräften und Arbeitszeit im menschlichen Großbetrieb! Kein Wunder, daß in Nordamerika, wo Getreide fabrikmäßig in Riesengebieten produziert wird, trotz höherer Arbeitslöhne weit billiger verkauft werden kann.

Geradezu hoffnungslos ist aber die Lage der getreidebauenden Kleinbetriebe geworden, seitdem Saepler und Mähdreher ihren Einzug in die Landwirtschaft gehalten haben. Mit ihrer Hilfe hat man die Getreidekosten für den Zentner Weizen auf 2,85 Mark bis 3,50 Mark geteilt und den Anbau auf bisher unfruchtbare, halbbürre Steppengebiete ausgedehnt, wo der Boden fast nichts kostet und niemals geerntet ausbleibt. Während der deutsche Bauer wie der kleine Farmer am Mississippi ruiniert zusammenbricht, dehnen die großkapitalistischen Landgesellschaften in Nordamerika, Argentinien, Australien auch bei den heutigen Preisen ihre Anbauflächen noch aus!

Gegen die Revolution der Ackerbautechnik hilft kein Zoll, kein Verbrauchswang, kein Einfuhrverbot. Die großen Getreidegesellschaften unterbieten alles, was da ist, überbringen die höchsten Löhne und rufen sich gegen Einfuhrpreisen dadurch, daß sie ihre Regierungen veranlassen, den deutschen Subsidieexport ebenso zu sperren, wie Deutschland ihr Getreide sperrt.

6

### III.

## „Bereidelungswirtschaft“ wird uns retten!

„Bereidelungswirtschaft!“ rufen die siebenmal gescheiterten Schaperkündigen dem deutschen Bauern zu. Uebergang zur Bereidelungswirtschaft! Nicht Getreidebau, sondern Vieh, Milch, Geflügel, Gemüse und Obstbau sollen die Lösung sein, vor allem für den bäuerlichen Familienbetrieb. Gut gerührt, Kweil! Aber zum Uebergang braucht der Bauer Geld, Auftrieb, Futterfließ, Glas- und Beregnungsanlagen, Entwässerungsarbeiten, Obstbaumkulturen und vieles andere. Wird ihm der Staat das schaffen?

Jedes Jahr werden 80 bis 100 Millionen Mark im Reichshaushalt für landwirtschaftliche Zwecke bereitgestellt. Jedes Jahr fordern die Kommunisten, daß diese Mittel der Steuerzahler ausschließlich zur Verbesserung und Umstellung der bäuerlichen Produktion verwendet werden. Jedes Jahr werden die kommunistischen Anträge einmütig abgelehnt.

Der arbeitende Bauer kann unmöglich aus eigener Kraft auch nur diejenigen Fleisch- oder Milchherträge erzielen, die ein durchschnittliches Rittergut erzielt. Die Erhebungen des Deutschen Reichstages haben folgende Jahresmilcherträge pro Kuh ergeben:

Ostpreußen:

beim bäuerlichen Betrieb von 5 bis 50 Hektar . . . . .	1377 Liter
beim Betrieb von 50 bis 100 Hektar . . . . .	2611
beim Großbetrieb über 200 Hektar . . . . .	3169

Nordwestdeutschland:

Betriebe von 5 bis 20 Hektar . . . . .	2515
Betriebe von 20 bis 100 Hektar . . . . .	2973
Betriebe über 100 Hektar . . . . .	3175

Mitteldeutschland:

Betriebe von 5 bis 20 Hektar . . . . .	2106
Betriebe von 20 bis 100 Hektar . . . . .	2582

Und so in allen Teilen Deutschlands. Im Süden und im Westen aber, wo die Kuh gleichzeitig als Zugtier des kleinen Bauern dient, ist der Unterschied noch viel größer. Auf je 1000 Kühe entfallen 3 q im Heimbäuerlichen Baden 698 Arbeitskräfte, dagegen im großagrarischen Mecklenburg nur 33. Während Milchfließ in den Kontrollvereinen nach den Angaben des Statistischen Reichsamts eine durchschnittliche Jahresleistung von 3473 Liter ergeben, beträgt die Leistung unkontrollierter Kühe 2300 Liter und die der Zugflühe höchstens 1600 Liter, vielfach sogar unter 1000 Liter im Jahr. Nur 2 Prozent aller kontrollierten Kühe sind aber im Kleinbetrieb (2 bis 5 Hektar), noch keine 9 Prozent in den bäuerlichen Mittelbetrieben. Alle Klein- und Mittelbauern zusammen (bis 20 Hektar) haben zwar 66,52 Prozent aller Kühe im Stall, aber nur 11,69 Prozent hochwertiges Rassevieh.

Wenn den Bauern in Oldenburg oder im Allgäu also das Lieb von der „Bereidelungswirtschaft“ als Rettung vorgelungen wird, so dürfen diese nicht vergessen, daß der Vorhände des Reichslandbundes

7

am 29. Januar 1931 seinen Freunden empfahl: „Um Rettung des Oitens auf Hindobichhaltung.“ Im Osten aber ist der Träger der Landwirtschaft nicht der Bauer, sondern der Junker. Die Güter über 100 Hektar umfassen in Pommern z. B. rund 50 Prozent der ganzen Fläche, in Mecklenburg sogar 88,2 Prozent. Milch-, Butter- und Käsefälle, auf die der Bauer im Norden, Westen und Süden heute seine Hoffnung setzt, sollen also nicht ihm, sondern dem weit überlegenen Großgrundbesitzer restlos zugute kommen.

### Aber die nordwestdeutsche Schweinefleisch wird vernichtet

Wie sieht es aber mit der Schweinefleischwirtschaft? Seit drei Jahren macht sich eine merkwürdige Wanderung des Schweinebestandes von Westen nach Osten bemerkbar. Während in Nordwestdeutschland der Schweinebestand in der Zeit vom 1. 12. 1929 bis 2. 3. 1931 um 16 Prozent abnahm, liegt er im Osten um 18 Prozent! Und während im Nordwesten die Fütterungskosten für 100 Kilogramm Lebendgewicht von 88,60 Mark auf 92,40 Mark dank der Schjete-Fälle und der Sojafroggenpolitik stiegen, fielen im Osten die Erzeugungskosten von 95 Mark auf 70,90 Mark. Was bedeutet diese Schweinewanderung? Bisher waren die besten und größten Schweinefleischgebiete in Deutschland Niedersachsen, Oldenburg und Westfalen. Zunehmend kleiner und mittlerer Bauern haben hier, sei es mit eigenen Futtermitteln, zum größten Teile aber unter Zukauf billiger Auslandsernte, Schweine gemästet. Ganz natürlich hat sich die nordwestdeutsche, vorwiegend bäuerliche Schweinefleischwirtschaft, waren doch Futtermittelbasis und Absatzmarkt nahe bei der Hand, der Freiheiten von Hamburg und das große westdeutsche Industriegebiet.

Jetzt wandern die Schweine nach Osten! Die Regierung sagt, weil dort die Futtermittel wachsen: Roggen und Kartoffeln. Aber Gerste ist ja das beste Mastfutter und wäre im Westen billig zu haben, wenn — ja wenn die Regierung nicht dem ostelbischen Junker aus Liebe den Futtergerstezoll auf 18 Mark je Doppelsonnererhöht hätte. Dann dieser Zollist kostet die Futtergerste in Hamburg rund 20 Mark je Doppelsonner, während sie im Preislosen von Bremen für 7,50 Mark einläuft. Der nordwestdeutsche Schweinezüchter wird gezwungen, für das „Mischfutter“ des „Kongentomillars“ Dr. Baabe — bestehend aus Futterroggen, Kartoffelstodden und „verbilligter“, d. h. mit 6 Mark verollter Auslandsernte — 18 bis 20 Mark je Doppelsonner zu bezahlen! So wird der kleine Bauer in Niedersachsen und Oldenburg ruiniert, damit der ostelbische Junker seinen Pflongen loswird. Das Institut für Konjunkturforschung muß in seinem Wochenbericht vom 4. März 1931 diese Tatsache mit folgenden Worten zugeben:

Während z. B. die Nachbarkländer Niederlande und Dänemark den Preis für an den Futtermittelmärkten zur Verfügung ihrer tierischen Produktion mit Gewinn ausgesetzt haben, müßte die deutsche Viehwirtschaft infolge der Einschleppung zum Teil auf die Ausnutzung der billigen Futtermittelpreise am Weltmarkt verzichten.

Der Fleischverbrauch nimmt aber infolge der großen Arbeitslosigkeit fortwährend ab. Infolgedessen fallen die Preise: 37 bis 40 Mark erhält der Bauer für den Zentner Lebendgewicht. Die Futtermittel

kosten ihn schon mehr. Nur der fabrikmäßige Großbetrieb im Osten, der Junker, der mit eigenem Roggen und eigenen Kartoffeln mästet, kann bei diesen Preisen noch bestehen. Was kümmert es die Regierung, wenn Hunderttausende bäuerlicher Schweinefleisch in Nord- und Westdeutschland zugrunde gehen! „Schliff!“ ist die Karte, nicht Hilfe für die Bauern im Osten, sondern für Grafen, Barone und andere Gutsherren.

IV.

### Maismonopol ruiniert die kleinen Geflügelhalter

Auf Drängen der „Grünen Front“, der die Futtermittelzölle nicht hoch genug sein können — in der „Deutschen Tageszeitung“ verlangt man jetzt sogar Sperrenzölle für die Deutschen, damit die Klee- und höhere Preise erzielt —, wurde im März 1930 auf Antrag des Sozialdemokraten Breitfisch, des des jetzigen Kanzlers, des Zentrumspartei-ordneter Brüning, das „Maismonopol“ eingeführt. Danach darf Mais in Deutschland nicht ohne Genehmigung dieser Monopolstelle, nicht ohne Zahlung einer besonderen Gebühr und nicht unter dem von der Monopolstelle festgesetzten Preise verkauft werden.

Die Preise dieser schlaunen Vorkist ist folgende: die Tonne Mais follet am Weltmarkt rund 80 Mark, der Monopolvereis in Deutschland ist 217 bis 240 Mark, die Händler nehmen bis zu 300 Mark!

Die Regierung verspricht zwar den Bauern, die eine bestimmte Anzahl Frischhüter pünktlich der Genossenschaft abliefern, Bezugscheine für etwas billigeren Futtermais. Aber auch das ist ein leerer Trost. Die meisten kleinen Geflügelhalter haben ja viel Jäger, Pacht und Steuern zu bezahlen, daß sie ihren Bezugschein gleich zu Geld machen müssen. Die Händler kaufen ihnen das Papierchen billig ab, bezahlen selber den verbilligten Mais und bringen ihn natürlich zu höchsten Preisen nachher in den Verkehr. So „helfen“ die Regierung und die „Grüne Front“ der deutschen Geflügelwirtschaft!

Aber selbst wenn es gelingen würde, die „Veredelungswirtschaft“ des deutschen Bauern weiterzuentwickeln — er bleibt doch in der Enge. In allen Ländern wird ja dieselbe Umstellung im Schube hoher und höherer Einfuhrzölle gemacht. Schon Japan selbst, Dänemark und Holland, die alten Mutterländer der Veredelungswirtschaft, daß die Konkurrenz aus Amerika, Rußland, den Chinesen, Polen, ja selbst China (Gierausfuhr) ihnen die Kehle zuschnüre. Dabei sterben in China 100 Millionen Menschen buchstäblich Hungers, leben in Deutschland 5, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas 3 Millionen arbeitslose Arbeiter hungierend auf der Straße!

Für wen soll der Bauer eigentlich Fleisch, Milch, Eier, Obst und Gemüse produzieren? Für hungrierende Menschen, die nichts kaufen können? Er wird dabei zugrunde gehen! Die noch vorhandenen geringen Absatzmöglichkeiten beherrscht der rationale Großbetrieb mit seiner Standardware und den niederen Produktionskosten. Den Bauer schlagen die Konkurrenz der einheimischen Großbetriebe und die Konkurrenz des Auslandes.

## Der Zuckerrübenanbau — ein Privileg der Großen!

Auch Zucker gibt es angeblich zweifel in Deutschland. Man hat den Zoll (32 Mark je Doppelzentner) doppelt so hoch gemacht, wie den Weizenmarktpreis (16 Mark je Doppelzentner) und weiß trotzdem nicht, wozu mit dem Zucker. Dabei ist der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland nur halb so groß wie z. B. in Dänemark oder England. Statt aber durch höhere Löhne den deutschen Arbeiter in stand zu setzen, genug Zucker, Mehl, Eier, Obst und Gemüse zu verzehren, steigert man künstlich die Preise und — befragt sich, daß zwei da sei. Die „graue Front“ hat nun mit Hilfe der Regierung die 3 w a n g s k o n t i n g e n t i e r u n g der Zuckerverproduktion für Deutschland festgesetzt. Laut Verordnung vom 27. März 1931 dürfen in Deutschland nicht mehr als 41 Millionen Zentner Rohzucker erzeugt werden. Entsprechend fügen die Fabriken die Vorräte der Rauhübenbauer.

Als Maßstab wird die Durchschnittsproduktion in den Jahren 1924 bis 1929 zugrunde gelegt. Und warum gerade diese Jahre? Nun, weil 1930 die kleinen Bauern in Südb- und Westdeutschland in Ermangelung einer preiswerteren Kulturform ihre Zuckerrübenanbau um 20 Prozent vermehrt haben! Das darf nicht sein! Die großen Rübenbauer fürchten die Konkurrenz der kleinen Rübenbauer. Demen wird infolgedessen die Ausbeutung ihres Anbaues gesetzlich unmöglich gemacht. Wozu sie leben, wie sie auskommen! Während in Ostpreußen 92 Prozent des bisherigen Anbaues befehlen bleiben, sollen im bayerischen Südb- und Südbdeutschland nur noch 70 Prozent der letztjährigen Erzeugung angebaut werden. Das nennen Regierung, Landbund und Landvolkspartei „Bauernschutz“. — Umsonst verlangen die Kommunisten: Freilassung der Kleinbauern von jeder Einkünderung, Verpflichtung der Fabriken, die Rüben der Arbeitsbauern vor den Rüben der Großen abzunehmen.

## Der Steuerjagd des Arbeitsbauern

Wer mehr arbeitet, muß mehr zahlen

„Zerstörung einer alten Legende“, schrieb neulich triumphierend die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Landbundfunktionäre und des Reichs Reichs. Sie verachtete an Hand der amtlichen Steuerziffern nachzuweisen, daß der Bauer in Deutschland nicht höher, sondern wozu möglich niedriger besteuert wird als der Gutsbesitzer. Genau das Gegenteil ist wahr. Jeder Bauer spürt das am eigenen Leibe. Man muß nur die Gesamtsteuern aus Reich, Ländern und Gemeinden zusammennehmen und auf den Hektar Landesfuß umrechnen. Folgendes Bild ergibt sich dann:

In Ostpreußen zahlt der Kleinbauer mit weniger als 5 Hektar Boden durchschnittlich 23,9 Mark pro Hektar, der mittlere Bauernbetrieb bis 40 Morgen 29,5 Mark, der Gutsbesitzer mit 500 Hektar und mehr 20,1 Mark Steuer. Noch größer ist der Unterschied in Bayern. Der kleine Bauer zahlt dort durchschnittlich 20,9 Mark, der mittlere 22,4 Mark und der Großgrundbesitzer nur 15,1 Mark je Hektar. Ganz toll ist aber das Verhältnis in Baden, dem „Müsterlande“ der bayerischen Klein- und Zwergbetriebe. Der kleine bodlose Bauer zahlt 63,4 Mark je Hektar, der Großbauer mit 60 Hektar nur noch 26,4 Mark und das Rittergut nur 21,3 Mark.

Besonders schwer rufen auf dem Klein- und Zwergbesitz die Grund- und Grundsteuer. So zahlen in Ostpreußen Klein- und Mittelbauern durchschnittlich 14 bis 15 Mark je Hektar, im Groß- und Bayern 10 bis 11 Mark, in Baden sogar 37 bis 44 Mark. Die Großgrundbesitzer aber sind fein heraus. Sie zahlen in Ostpreußen 8 bis 9 Mark durchschnittlich auf den Hektar, in Bayern 5 bis 7 Mark, in Baden 11 bis 15 Mark.

Auch die Einheitswerte werden beim Kleinbesitz viel höher geschätzt als beim Großbesitz. Der Durchschnittseinheitswert im Deutschen Reich ist beim Zwergbetrieb unter 2 Hektar 2065 Mark, beim Kleinbetrieb von 2 bis 3 Hektar 1600 Mark, von 3 bis 5 Hektar 1418 Mark, beim Großbauern von 50 bis 100 Hektar nur noch 910 Mark und bei den ganz großen Gutsbesitzern 807 Mark.

Die Betriebsintensität sei größer im Kleinbetrieb als im Großbetrieb, wo größere Strecken Wald, Heide, Wege und Büsche mit eingerechnet werden. Zugegeben, der kleine Bauer nutzt jedes Eckchen seines Bodens gründlicher aus als der Großbesitzer, ist das ein Grund, ihm eine Ertragssteuer aufzutragen? Oder er hat mehr Viehwirtschaft. Aber gerade das legt eine viel höhere Arbeitsleistung voraus! Es bleibt dabei: **weil der Bauer mehr arbeitet, muß er mehr zahlen.**

Was helfen jene kleinen Erleichterungen in der Vermögens- und Einkommensteuer, die Herr Brüning in seiner Notverordnung vom 26. Juli 1930 den Bauern als Trostpries schenkte? Sie sind nicht einmal Tropfen auf den heißen Stein. Sie sind wie alle anderen Maßnahmen dieser Regierung ein Mittel, um die Reichen auf Kosten der Armen noch reicher zu machen. Folgende Aufstellung, die wir der „Deutschen Bauernzeitung“ vom 19. Oktober 1930 entnehmen, beweisen, das schlagend. In einer Pflanzgemeinde mit etwa 2800 Einwohnern, die infolge von Betriebsstillegungen sehr hohe Kosten für Rohfabrik- und Armenfürsorge aufzubringen hat, soll auf Anordnung des Kreis-ausschusses die Bürgersteuer erhoben werden, weil sonst eine Erhöhung der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer von 300 auf 350 Prozent erforderlich müßte. Die Auswirkung dieser gegenstandslosen neuen Einführung Brünings und Dietrichs sieht wie folgt aus:

Der größte Besitzer in der Gemeinde mit 1800 Morgen hätte jährlich zu zahlen:

bei 350 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer . . . 5370,— Mark  
bei 300 Prozent Zuschlag zur Grundvermögenssteuer . . . 4908,— Mark

Im pa r t aber bei Einführung der Bürgersteuer, da er nicht in der Gemeinde wohnt . . . . . 788,— Mark

Der zweitgrößte Besitzer, ein Kommerzienrat, würde für seine 500 Morgen jährlich zahlen:	
bei 350 Prozent Zuzschlag . . . . .	2314,20 Mark
bei 300 Prozent Zuzschlag . . . . .	1983,60 Mark

!part aber, da er nicht in der Gemeinde wohnt . . . 830,60 Mark  
 Ein Graf mit 376 Morgen zahlt:  
 bei 350 Prozent Zuzschlag jährlich . . . . . 903,— Mark  
 bei 300 Prozent Zuzschlag jährlich . . . . . 816,— Mark

!part also trotz Zahlung von 42 Mark Bürgersteuer immer noch . . . . . 45,— Mark  
 Ein Stenlenbesitzer J. mit 16 Morgen zahlt:  
 bei 350 Prozent Zuzschlag jährlich . . . . . 37,80 Mark  
 bei 300 Prozent Zuzschlag jährlich und Bürgersteuer . . . 50,40 Mark

zahlt also bei Einführung der Bürgersteuer mehr . . . 12,00 Mark  
 Eigentümer Paul G. mit 6 Morgen zahlt:  
 bei 350 Prozent Zuzschlag . . . . . 29,40 Mark  
 bei 300 Prozent Zuzschlag und Bürgersteuer . . . . . 40,20 Mark

mithin mehr 10,80 Mark

Bei einem Bauerngutsbesitzer mit 80 Morgen, der bei 350 Prozent Zuzschlag 105 Mark zahlen müßte, gleicht sich die Zahlung bei 300 Prozent und Bürgersteuer gerade aus!

So sorgt Brünning, der Zentrumsanstler, mit Hilfe der Unterschrift S i n d e n b u r g s für die kleinen Bauern!

VII.

## Zinsen und Wachten fressen den Bauern

Immer und überall wird die Bauernarbeit ausgenutzt, um andere Leute reich zu machen. Der Bodenpreis, den der Kleindauer zahlen muß, ist durchschnittlich drei- bis viermal so hoch als der Bodenpreis für Rittergüter. In Ostpreußen stellen sich die durchschnittlichen Pachtpreise für Groß- und Kleinrentier wie folgt:

Obereisen	Kornern	Wandenburg	Niederhavel
unter 5 Hektar 2895 Mark	3735 Mark	3691 Mark	3691 Mark
über 100 Hektar 927 Mark	1073 Mark	970 Mark	970 Mark

Und dann kommt man und erklärt, das sei ein Zeichen der „Gesundheit“ des bäuerlichen Familienbetriebes. Ein Dreißt ist das: die hohen Bodenpreise zwingen den Bauern, wenn sie bebauten: hohe Ernteschäden, hohe Steuern, hohe Pachtpreise, hohe Erbschaftbindungen. Und woher kommen sie? Aus der Not des Bauern, der zu wenig Land hat, um seine Familie zu ernähren; aus der Not der zehntausende Bauernjöhne und Bauerntöchter, die, um Boden und Hof zu bekommen, einander die Preise freigeben. Regierung, Landbund, Preußenfälle sind freilich anderer Meinung. Nach ihnen ist es die Pflicht der Kleindauern, durch Zahlung hoher Bodenpreise den „Glittermarkt zu kühen“.

Zwei Drittel der hochgerühmten „Offsiedlung“ dienen nur dem Zweck, durch hohe Bodenpreise den bankrotten Gutsbesitzern Geld in die Tasche zu leiten, ihre Kreditfähigkeit zu verbessern.

Man jagt den Kleindauern: Niedriger Bodenpreis ist niedriger Kredit! Aber der Kredit ist die Schlinge am Hals des Bauern, denn sein ganzes Leben, die Arbeit von Frau und Kindern dienen fortan nur, um die Zinsen aufzubringen. Die bewußten und unbewußten Großbauern müssen sich mit Hilfe des Kredits vom Schweiß des Bauern. Der Gutsbesitzer, der mit dem Kredit Maschinen kauft, Silos baut, Kartoffelfabriken gründet oder gar sich an Bergwerken und Eisenhütten beteiligt, mag ruhig 7 bis 10 Prozent Zinsen zahlen. Der Arbeitsbauer kann heute seine 3 Prozent mehr herauswirtschaften. Wer dem Bauern hier helfen will, muß ihm zinslose Wechsellien geben.

Es ist ein Beweiss für die eingeseifte Bauernsindlichkeit der heutigen Genossenschaftsführer und Spitzenverbände, daß, wie im Reichstag nach dieses Frühjahr festgestellt wurde, es Genossenschaften gibt, die billige 6- bis 7prozentige Staatskredite zu 10, 12 und 14 Prozent an ihre Mitglieder weitergeben, daß Genossenschaften Zahlungen für Notstandsdarlehen noch eintreiben, die längst vom Reiche gestundet, sogar niedergeschlagen waren. Die Darlehensfallen sind nicht Helfer, sondern Herren der Bauern. Sie geben noch weiter: der Bauer, der ein Darlehen braucht, muß sich der Kontrolle der Banken und Darlehensstellen unterwerfen, die ihm Erzeugung, Absatz und den eigenen Verbrauch schließlich vorschreiben.

Die alte Leibeigenschaft leht wieder in neuer Form: der Bauer wird Leibeigener des Finanzkapitals — und seine Genossenschaft ist der Kronvogt dieser Banken.

„Die Landwirtschaft ist eine Verlustwirtschaft!“ rufen die Führer der „Grünen Front“, und der Bauer spürt das täglich am eigenen Leibe. Aber gerade die Banken, die am lauesten schreien, sind vollkommen damit einverstanden, daß der kleine Bauer oder der Arbeiter mit etwas Landwirtschaft heute noch Pachtpreise bezahlen, die weit über Friedenspachten stehen, z. T. doppelt und dreifach so hoch sind. Von den kleinsten Zwergbauern unter 2 Hektar sind 52,2 Prozent auf Pachtland angewiesen, von den Kleinbauern bis 5 Hektar sind es sogar 56,5 Prozent, bei den mittleren Bauern bis 10 Hektar immer noch 46,9 Prozent! Alle diese bezahlen mit Schweiß und Hunger das mühselige Einkommen der Grundherren!

Vor allem sind es die kleinen Gemüßbauern, deren Arbeitsweise eine Goldquelle für den großen Grundbesitz darstellt. Bei Erfurt zahlten die kleinen Gemüßbauern vor dem Kriege 30 bis 40 Mark je Morgen Pacht, heute 200 Mark und darüber. Für Spargeland zahlt der kleine Pächter bei Zerbst 800 bis 1500 Mark je Hektar, bei Braunshweig fordert man Kaufpreise für Gemüßland zwischen 20 000 und 30 000 Mark (!). — Schreie dreißigtausend Mark — je Morgen. Besonders preistreibend wirkt die Bitte vieler Gemeinden, z. B. der Stadt Berlin, ihre Gemeindeflächen an Großpächter zu geben, die aufteilen und für teuerstes Geld an die kleinen Bauern und Gärtner weiterverpachten. Viele staatliche Domänenpächter ziehen aus solcher miserablen Unterverpachtung gemaligen Nutzen. Die Großpächter der Stadt Berlin zahlen einschließlich Steuer durchschnittlich 35 Mark je

Morgen für Meißland und geben es für 80 bis 140 Mark an die bäuerlichen Käufer weiter. Die Berliner Meißlandkäufer führen mit Unterstützung der Kommunisten gegen diesen Sachverhalt seit Jahren einen harten Kampf.

### VIII.

## Der Zwischenhandel lebt auf Kosten der Bauern und Arbeiter

Draußen im Lande erzielt der Bauer für seine Produkte nicht die Herstellungskosten, in der Stadt ist vom „Preisabbau“ nichts zu spüren. Brot fiel in Berlin um 2 Pfg. erhöht, Milch fiel um 1 Pfg., Schweinebauch um 8 Pfg. das Pfund. Den Arbeitern löst man den Wochenlohn um 6, 8 ja 10 Prozent, das sind je nachdem 4 bis 9 Mark die Woche, aber der „Preisabbau“ macht für die ganze Familie kaum 50 Pfg. in Berlin zahlt man 20 Pfg.

Für friische Eier bekam der Bauer zur Osterzeit 7 bis 8 Pfg., in Berlin zahlte man 12 und 14 Pfg.

Kartoffeln kosteten beim Erzeuger in der Mark Brandenburg im Februar 1,25 Mark, in Berlin zahlte man 4,80 Mark. Viele Bauern waren froh, wenn sie 0,80 bis 1,00 Mark erhielten.

Letzten Herbst bekam der schweißgallensüchtige Bauer für Blumenkohl 0,70 Mark je Zentner, in der Zentralmarkthalle Berlin wurden 7,50 Mark genommen. Die Silberbauern bei Stuttgart mußten froh sein, wenn die Sauertraufabriken 40 Pfg. je 80 Kilogramm bezahlten und zogen es daher vor, große Mengen herrlichen Weisflohs ans Vieh zu verfüttern. Kriehen wurden in Mitteldeutschland den Bauern im letzten Sommer mit 8 und 9 Pfg. das Pfund bezahlt, in Berlin und anderen Großstädten kosteten sie 40 bis 60 Pfg.

Toll sind die Preispannen beim Brot! Vor dem Kriege betrug der Unterschied zwischen den Preisen bei Roggen und Brot 12 Pfg. je Kilogramm, heute 22 Pfg.! Auch nach dem „Preisabbau“ blieb in Berlin das Brot noch 150 Prozent teurer als der Roggen.

Und wie steht's mit den Fleischpreisen? Nach einer Aufstellung von Dr. Paul Ruppert in Dresden betrug der Preisindex am Berliner Markt:

Rinderpreis . . . . .	1913	1930
Rindfleischpreis . . . . .	100	87
Schweinepreis . . . . .	100	125
Schweinefleischpreis . . . . .	100	130
Roggenpreis . . . . .	100	93
Roggenbrotpreis . . . . .	100	130
Weizenpreis . . . . .	100	126,3
Weizenmehl . . . . .	100	134,5
Weizenbrot . . . . .	100	155,5

Wer ist an diesen ungeheuerlichen Verhältnissen schuldig? Am wenigsten doch die kleinen Schlächter und Bäckermeister, die von hohen Steuern und Lohnmieten bedrückt werden.

Einen großen Teil der Schuld tragen Großhändler, Großmühlen, Großschlächtereien, Konjervenfabriken, Brotfabriken u. dgl. Bietet der Bauer an, so halten sie mit dem Einkauf zurück, und kauft der Konsument, so steigen sie die Preise. Bei der letzten großen Getreideerhöhung haben Großmühlensongerne es sehr gut verstanden, sich vorher im In- und Ausland billig einzudeckeln, aber nachher waren sie die ersten, die den Verkaufspreis herauftrieben. Die Fabriken für Gemüße- und Obstkonerven spekulieren mit der geringen Haltbarkeit dieser Produkte; der Bauer muß dann nehmen, was sie bieten. Am schlimmsten steht es bei den Markenartikeln, z. B. Barfloschen, Wablen u. dgl. Hier sind alle Fabriken im Ring, brühen die Preise bei dem Erzeuger und halten die eigenen hoch.

In den Spekulationen kommt der Staat als Hauptpreisverteiler. Umfahsteuer, Getränkesteuer, Biersteuer, Zuckerteuer, Tabaksteuer — jede Steuer, die den Erzeuger, Bearbeiter und den Zwischenhandel belastet, muß schließlich und endlich der Konsument bezahlen. Nur der kleine Bauer kann die Steuer nicht abwägen. Der Staat ist auch mit Schuld an den Wuchererzinsen für gewerbliche Räume, die heute oft genug das 4-, 5-, ja 7- und 8fache der Friedensmiete betragen. Man kann nicht auf die großen Preispannen schimpfen, wie es die „Grüne Front“ tut, wenn man nicht gleichzeitig den großen Händlerzinsen, Mühlenkonzernen, Konjerven- und Brotfabriken und dem verwerflichen Unfug der Konsumsteuer, Getränke- und anderer Verbrauchssteuern sowie dem Mietwucher zu Leibe geht.

Ja, sagt die Regierung, man muß den „Abfall regulieren“. 100 Millionen hat man schon verpulvert, um die landwirtschaftlichen Genossenschaften unter einen Hut zu bringen. Einige hundert Millionen sind in den letzten drei Jahren draufgegangen, um die „Preise zu kühlen“, für „Marktberatung“, „Marktbereinigung“ und für die sogenannte „Standardisierung“. Was hat der Bauer von allen diesen Maßnahmen gelehrt? Geld hat es gekostet, Steuern hat er bezahlt. Da ist z. B. das Mißgeschick! Korporationen über Korporationen über Steuerbeiträge im Staat, aber Zusammenziehung und Abschmelzung der Milch, Kontrolle, Qualitätslisten. Und der Erfolg? Der kleine Bauer kann das gar nicht alles durchführen. Die Folge, daß die großen Molkereien und Milchhöfe die ganze Milchverwertung an sich reißen, den Bauern durch Gesetzzwang binden, den Konsumenten Monopolpreise diktieren. Unionist haben die Kommunisten gefordert, daß Mittel bereitgestellt werden, um die Bestimmungen des Mißgeschicks für die kleinen Bauern auszuführen zu machen. Jetzt sollen die Bauern — wie in Sachsen — für diese Zwecke noch eine Extrasteuer, den „Substanz“, bezahlen.

### IX.

## Die Wucherpreise der Großindustrie

Die Tonne Stabeisen verkauft der Stahlwerk in Deutschland zu 137 Mark, im Ausland zu 80 Mark. Kali- und Stickstoffindustrie zahlen hohe Dividenden und verkaufen Dünge mittel ins Ausland billiger als an den deutschen Bauern.

Seit Jahren fordern die Bauern förmlich: Herabsetzung der Preise für unbillige Dünge- und Düngemittel, insbesondere für Kalk. Die Kalkindustrie erklärt einen Preisabbau für unmöglich, der Reichsminister rührt sich nicht. Das Kalk ist gerade für die leichteren Böden des Ostens ein wichtiges Produktionsmittel. Die hochprozentigen Kalkfäße sind seit 1913 trotz gemaltiger Verbesserung der Produktion und Verabreichung der Produktionskosten um 20 Prozent verteuert worden. Als schließlich 1929 im Preussischen Landtag ein Antrag auf Senkung der Kalkpreise gestellt wurde, verhandelte das Kalksyndikat mit dem Reichsernährungsminister Siegle, Siegle hat über seine Verhandlungen kein Wort verlauten lassen — später hörte man, daß das Kalksyndikat den Führern der „Grünen Front“ einen Betrag von 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat — angeblich zur Förderung der Landwirtschaft! — Um 5 Millionen Mark haben aber die Führer der „Grünen Front“ — das sind Graf Kaldreuth, Präsident der Reichslandbauvereine, Reichsminister a. D. Dr. Fernes, Führer der „Christlichen Bauernvereine“ und Staatsminister a. D. Fehr vom Bayerischen Bauernbund — die Interessen von Millionen Bauern glatt verraten. Dem Kalksyndikat trugen diese 5 Millionen Schmiergelder wieder Zinsen: im Not- und Hungerjahr 1930 hatten

die Kalkwerke Salzdorf u. G. einen Reingewinn von 4,30 Millionen Mark (i. B. 4,40 Millionen Mark) und zahlten auf Stammaktien 10 Prozent Dividende.

Die Kalkwerke Alshersleben wiesen einen Reingewinn aus von 2,47 Millionen Mark (i. B. 2,46 Millionen Mark) und zahlten ebenfalls 10 Prozent Dividende.

Die Konsolidierten Kaliwerke Wetzehagen wiesen einen Reingewinn von 2,45 Millionen Mark (i. B. 2,45 Millionen Mark) aus, ebenfalls 10 Prozent Dividende.

Die Burbach-Kaliwerke AG. hatten einen Reingewinn von 8,61 Millionen Mark (i. B. 8,75 Millionen Mark) und zahlten 12 Prozent Dividende.

Die Bauern wissen nun, warum die Kalkpreise nicht abgebaut werden: damit die faulen Aktionäre ihre 10 bis 12 Prozent Dividenden sicher einziehen können. Dividendensteuer wird aber vom Reichset, in dem sowohl Nazi wie SPD, Landvolk wie Zentrumsminister den Ausschlag geben, abgelehnt!

Genau wie die Kalkwerke handeln alle großen Industrien und Großbanken.

Siemens u. Halske AG., Berlin, hatte im Vorjahr 1930 nicht weniger als 16,4 Millionen Mark Reingewinn und zahlte 14 Prozent Dividende.

Die Gutehoffnungshütte hat bei verfeinertem Umlauf ihren Reingewinn von 5,82 Millionen Mark auf 8,63 Millionen Mark gesteigert.

Bei Rheinmetallgesellschaft fiel der Umlauf von 66 auf 45 Millionen Mark, sie erhöhte ihre Abführungen von 2,43 auf 4,08 Millionen Mark und trotzdem auch noch den Reingewinn von 1,81 Millionen Mark auf 1,92 Millionen Mark.

Glänzende Gewinne machten die Hypothekendarlehenbanken für städtischen und ländlichen Grundbesitz. Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypo-

thekendarlehen (6 Banken) zahlte für das Not- und Hungerjahr 1930 bei einem Kapital von 17,7 Millionen Mark volle 12 Prozent Dividende. Auch die Mitteldeutsche Bodencreditanstalt Greiz-Berlin bucht einen Reingewinn von 1,11 Millionen Mark, gegen 0,97 Millionen Mark im Vorjahr und zahlte 12 Prozent Dividende. Der Bauer weiß also, warum die Darlehensinstanzen so hoch sind!

Warum aber führen die Führer der „Grünen Front“ keinen Kampf gegen diesen Preis- und Answucher der Großindustrie und Banken? Weist die Geschäftswelt den Preis für ausnahmslos alle selbst an diesen Unternehmungen beteiligt sind und außerdem z. B. bei Kalk und Stickstoff, Maschinen usw. bis 30 Prozent Preisermäßigungen erhalten. Auch hier stehen sich Kleinbauern und Gutbesitzer in ihren Interessen hart gegenüber.

Der Preisindex für landwirtschaftliche Produkte steht heute auf 107, für industrielle Fertigerwaren auf 137,3, aber in ganz Deutschland findet sich kein Minister und kein Parlament, die den Preis, Kartellen und Syndikaten befehlen würden: herunter mit den Wucherpreisen! Rund 3 Milliarden jährlich zahlt das deutsche Volk über den Weltmarktpreis hinaus als Landesbeitrag an die allmächtigen Industriekartelle.

X.

## Verhungern bei vollen Sämenen!

Wir erkliden im Ueberfluß, jammergeht neulich im Reichstag der „Ernährungsminister“ Siegle. Aber kann man im Ueberfluß reden, wenn Millionen Erwerbslose mit ihren Kindern hungert auf der Straße stehen? Kann man von „Ueberfluß“ reden, während Millionen Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende, mit den Weinnigen rechnen, Hungergeißel hat, Hunger, Kälte, Kälte hat, Schweinebraten essen und Millionen Kinder blutarm und hoch anfeuchten, weil ihnen Milch und Gemüse fehlt?

Vor kurzem veröffentlichte der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands das Ergebnis seiner Untersuchungen über den Nahrungsverbrauch in den einzelnen Einkommensstufen. Was ergab sich da? Je geringer das Einkommen, desto geringer der Verzehr gerade an hochwertigen Lebensmitteln, gerade an den Haupterzeugnissen der Bauernwirtschaft. Hier die Tabelle! Ein erwachsener Eisenbahnarbeiter verbraucht jährlich:

	in der untersten Einkommensstufe (bis 2500 Mark im Jahr)	in der höchsten Einkommensstufe (über 4300 Mark im Jahr)
Milch	139,9 Liter	213,0 Liter
Eier	3,7 Kilogr.	8,1 Kilogr.
Fleisch	83 Gm.	201 Gm.
Gemüse	25,8 Kilogr.	48,5 Kilogr.
Zucker	17,3 Kilogr.	34,4 Kilogr.
	19,3 Kilogr.	34,3 Kilogr.
	17,8 Kilogr.	25,4 Kilogr.

Bauer, überlege! Heute erziehen schon Millionen Arbeiterfamilien nicht einmal 2500 Mark Einkommen im Jahr! Welche gewalt-

tigen Mengen würde die Landwirtschaft abseihen, wenn es gelänge, das Einkommen aller Lohn- und Gehaltsempfänger auf etwa 4000 Mark im Jahr zu erhöhen!

Heute tragen die Molkereien und Milchhöfe jeden Sommer über „Milchschwemme“ und bezahnen damit die niederen Erzeugerpreise für den kleinen Bauern. Und noch gibt es keine „Milchschwemme“ weder in Berlin noch in Nürnberg, noch sonstwo, wenn die deutschen Arbeitermassen und insbesondere die Arbeitslosen imstande wären, ihren Kindern genug erfrischliche Kollmilch, genug gute Butter — und weniger Margarine! — zu geben. Der tägliche Milchverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung im Ruhrgebiet und in Berlin beträgt z. B. ein viertel Liter, während er in Holland oder Dänemark drei viertel Liter beträgt. Was hilft es dem deutschen Bauern, wenn ihm gelöst wird: du mußt besseres Vieh, besseres Futter, bessere und mehr Milch produzieren, wenn man für Milch, Butter, Käse Qualitäts- und Preisstufen (Markenmilch, Markenbutter!) einrichtet: 1. ohne dem Bauern zu sagen, woher er das Geld nehmen soll; 2. ohne dem Arbeiter das Geld zu geben, mit dem er Qualitätsware täglich kaufen kann.

Nicht genug, nicht genug Lebensmittel würden in Deutschland erzeugt, wenn jeder deutsche Staatsbürger stutz zu essen hätte! Es heißt wahr, was die Führer der „Grünen Front“ nicht hören wollen: der tiefste Grund der Bauernnot ist heute neben der Ausbeutung durch Staat, Grundherren, Banken und Industriekapital — das Hungereleid der Erwerbslosenmassen, die Hungerlöhne breiter Schichten der Lohnarbeiter in Deutschland wie im Ausland!

Arbeiternot ist Bauernnot!

#### XI.

## Milliarden für die Großen

### Kein Geld für die Arbeiter und Bauern

„Deutschland ist eben arm, da muß jeder ein Opfer bringen“, wird dem Bauern geantwortet, wenn er Forderungen auf dringende Hilfe stellt. Aber wer bringt die Opfer und wer bekommt die Opfer in Deutschland? In den Jahren 1925 bis 1930 haben Reich und Länder — auf Kosten der Steuerzahler und der sozialen Einrichtungen für Hilfsbedürftige — rund 3000 Millionen Mark allein an Beihilfen, Krediten und Garantien für die Landwirtschaft gegeben. Erst im Frühjahr 1931 wurde die „Hilfs“ beschlossen, durch die allein wieder in den kommenden 5 bis 6 Jahren rund 2500 Millionen Mark der ostdeutschen Landwirtschaft zugeführt werden.

Wer hat diese ungeheuren Summen bekommen?

Jeder Arbeitsbauer weiß, wie schwer es ihm fällt, bei Behörden und Kassen etwas für seine kleine Wirtschaft freizubekommen. Man braucht aber nur ein Graf Braunschweig aus Obersachsen mit über 13 000 Hektar oder ein Herr v. Krosigk in Ostpreußen oder v. Bismarck in Pommern zu sein, und alle Quellen fließen. Wie bei der Ostpreußenhilfe 1929, bei denen jeder 3. Großbetrieb, aber nur jeder 48. Bauern-

betrieb etwas erhielt, wurde es schon 1927 bei der Verteilung der 300 Millionen Mark auf Goldbestenbankkredite gemacht. Das waren Ausschüttung und 7 Prozent Zinsen. Von diesen Krediten erhielten z. B. in Ostpreußen 191 Rittergüter zusammen nur 1,5 Millionen Mark, einzelne große Herren bekamen nach Mitteilung des Reichskommissars Königsberg am 24. Juni 1930 im Reichstag 600 000 Mark, je 750 000 Mark.

Kleine Bauern unter 20 Morgen bekamen so gut wie nichts. Für die kleine man „Abzahlungskredite“ in geringer Anzahl bereit, die sollte der Bauer nicht nur zu 7 oder 8 Prozent verzinsen, sondern auch in 5 jährlichen Raten wieder zurückzahlen. Eine glatte Verbesserung der wertfälligen Bauern.

Auch für die große Industrie hat das Reich immer Geld gehabt: gleich nach der Inflation wurden den Schlachthöfen an der Ruhr nicht weniger als 700 Millionen Mark gezahlt und seitdem jedes Jahr diesem oder jenem Unternehmen. Auch 1931 erhielt der Mansfelder Bergbau, an dem der rheinische Multimillionär Otto Wolff maßgebend beteiligt ist, 7 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler. Nazis und Sozialdemokraten haben bei beigestimmt, nur weil Wolff drohte, Arbeiter sonst zu entlassen. Millionäre, die Arbeiter entlassen, gehören an die Wand gestellt, nicht noch belohnt!

Auch für Panzerkreuzer und ähnliche feisbare Dinge hat die Republik in den schlimmsten Notjahren Geld in Hülle und Fülle. Für die Marine der angeblich so reichlichen deutschen Republik wurden ausgegeben:

1925	148,0	Millionen Mark
1926	189,0	„
1927	227,1	„
1928	231,7	„
1929	197,7	„
1930	188,6	„
1931	189,5	„

in 7 Jahren . . . 1365,6 Millionen Mark

Allein 60 Millionen Mark werden in diesem Not- und Hungerjahr für neue Kriegsausrüstungen ausgegeben. Dazu kommen rund 500 Millionen Mark jährlich für die Reichswehr und über 40 Millionen Mark für die „Luftaufstellung“! Nicht eingerechnet sind hier die Rüstungsgelder aller jener Generale, die gekostet haben, den Krieg zu verlieren, mit Summen von je 18 000 Mark jährlich und darüber.

Als Zuschuß an die Länder für Polizeiausgaben und Gummihüpfel, Karabiner, Panzerwagen, Tränengasbomben gegen Erwerbslose und kleine Bauern! — sind 195 Millionen Mark im Haushalt 1931 eingeseht.

Dafür wurden abgelehnt:

Der kommunistische Antrag für eine 20 prozentige Sondersteuer der Millionäre. Wir haben 2500 Personen in Deutschland mit je einem Privatvermögen von über 500 000 Mark, mit insgesamt rund 20 Milliarden Mark. Auch die Hitlerpartei hat gegen die Besteuerung dieser Schwerreichen.

Der kommunistische Antrag auf Streichung der 1798,7 Millionen Mark Kriegskredite aus dem Youngplan. Die Bitterpartei entließ sich der Stimme.

Der kommunistische Antrag auf Besteuerung der Aufsichtsratsräten und Aktieninhabenden, wodurch etwa 400 Millionen Mark eingeommen wären.

Der kommunistische Antrag auf 20prozentige Sondersteuer für die höchsten Einkommen über 80 000 Mark jährlich, wodurch noch einmal mindestens 200 Millionen Mark dem Reiche zugeflossen wären.

An Stelle dieser „Kopierer der Reichen“ beschloßen Brüning und seine Freunde:

Tabaksteuer . . . . .	1175 Millionen Mark
Zuckersteuer . . . . .	150 „ „
Biersteuer . . . . .	510 „ „
Braunweinmonopolabgabe . . . . .	270 „ „
Mineralwassersteuer . . . . .	30 „ „
Mineralölsteuer . . . . .	15 „ „
Umsatzsteuer . . . . .	1040 „ „
Verkehrssteuer . . . . .	65 „ „
Kraftfahrzeugsteuer . . . . .	230 „ „
Beförderungsteuer . . . . .	320 „ „

Dazu kommen:

Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten — trotz der fünf-Millionen-Erwerbslosigkeit . . . . .	1306 „ „
Industrie- und Landwirtschaftsteuern . . . . .	1175 „ „
Kreis-, Gemeindeabgaben, Steuern und Anlagen kämen außer dem noch hinzu.	

## XII.

# Arbeiter, Bauern in Stadt und Land, reicht euch die Hand!

Diesem System der Volksausplünderung gegenüber gibt es nur ein Mittel. Zusammenfassung aller Arbeitenden in Stadt und Land! Der Bauer kann nicht leben, wenn die Arbeiter hungern, die Arbeiter können die Ketten der Lohnsclaverei nicht brechen, solange Millionen Kleinbauern und Kleinbauernhöfe sich von Junkern und Kapitalisten gegen die Arbeiter mißbrauchen lassen.

Das große Beispiel Sowjetrußland zeigt den Weg zu Rettung und Aufbau. 1927 waren 90 Prozent des gesamten landwirtschaftlich genutzten russischen Bodens in der Hand der Bauern, unter dem Zarismus waren es keine 30 Prozent. Heute sind 85 Prozent, das sind rund 8 Millionen Bauernwirtschaften, von der landwirtschaftlichen Einzelsteuer vollkommen befreit, alle Betriebsgenossenschaften der Bauern (Kollektivwirtschaften) sind steuer- und kreditbegünstigt.

Mit dem Zusammenfluß der kleinen Einzelbetriebe zu großen Genossenschaftsbetrieben ist dem Kleinbauern der einzige Weg gezeigt zur Anwendung aller Errungen-

schaften der modernen Wissenschaft und Technik und damit zur Erhöhung seiner Erträge, zur Verkürzung seiner Arbeitszeit, zur Besserung seiner ganzen Lebenshaltung. Heute sind bereits 50 Prozent aller Bauernwirtschaften der Sowjetunion in Kollektiven vereinigt. Das Einkommen der „Kollektivbauern“ ist doppelt so hoch wie das Einkommen der Einzelbauern.

Die aufblühende russische Großindustrie hat nicht nur die Erwerbslosigkeit radikal beseitigt, sie benötigt allein im Jahre 1931 2 Millionen neue Arbeitskräfte, das sind 2 Millionen neue Abnehmer für die Produkte der Landwirtschaft. Der Fonds für Arbeitslöhne steigt in diesem Jahre von 12,5 Milliarden Rubel auf 15,3 Milliarden Rubel. Das bedeutet reiches Wohlsein des Abgabemannes für die russische Landwirtschaft.

Um auch dem fleißigen Landwirt und der ärmsten Bauerngenossenschaft die Möglichkeit der Anwendung von Maschinen und Traktoren zu geben, hat die Sowjetregierung 1900 Traktorenfunktionen mit 980 000 Pferdestärken eingerichtet. Für die Verfertigung der Bauernschaft mit landwirtschaftlichen Maschinen sind 1931 260 Millionen Rubel = 520 Millionen Mark eingesetzt.

Die großen Einkäufe der Sowjetunion an Saatgut und Viehtrieb bringen auch den deutschen Bauern Geld ins Haus, wie die russischen Industrietraktoren den deutschen Arbeitslosen Arbeit verschaffen.

Die Hege gegen die Getreibeausfuhr der Sowjetunion ist nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, damit die deutschen Bauern nicht merken sollen, welcher großartige Fortschritt sich im Osten Europas vollzieht. Man schreibt über den „Hungereport“ aus Rußland, aber in Deutschland hungern 5 Millionen Arbeitslose mit Weib und Kindern vor den geschlossenen Schenken der Junker.

Man schreibt über die Verflämung des russischen Bauern, weil er mit dem Staate die Erträge teilt, aber in Deutschland schreit man zwangswelt den Junkerüberhang der kleinen Bauern ein, damit den Großen keine Konkurrenz gemacht wird.

Nicht in dem kommunistischen Sowjetrußland, wohl aber in dem kapitalistischen Deutschland werden die Bauern zwangseingezogen und von der Scholle vertrieben. Im Weltkrieg legten vor einiger Zeit verzweifelte Kleinbauern Feuer an die Höfe, die zwangsverteigert werden sollten. Diese verzweifelnden Bauernhöfe sind ein Kennzeichen für die arbeitende Landbevölkerung. Im bürgerlichen Deutschland ist das Privateigentum der Banken und Großgrundbesitzer unantastbar, aber das Arbeitseigentum des Bauern und der Lohn des Arbeiters werden täglich geraubt.

Was „rauben“ die Kommunisten dem deutschen Bauern?

Wir wollen dir die Steuern rauben! Deine Lebensnahrung setzest du frei! Fort mit Umfass- und Verbrauchssteuer!

Wir wollen dir die Schulden rauben! Unverzinsliche staatliche Weisbissen und Streichung der Hypotheken, Zerstückung der Schuldscheine des kleinen Bauern!

Wir wollen dir den Pachtzins rauben! Unentgeltliche Webersetzung des gepachteten Bodens an die wertigsten Bewirtschafteter! Schutz mit dem Pachtwucher!

Andererseits führen die Kommunisten den Kampf um:  
**Boden für den bodenarmen Kleinbauern!** Nicht um hohen Preis und nicht durch wucherische Siedlungsgesellschaften, sondern unentgeltlich.

Den erwerbslosen Söhnen und Töchtern der Kleinbauern volle Arbeitslosenunterstützung! Siebenstundentag in den Fabriken ohne Lohnkürzung, damit alle nicht nur Arbeit, sondern auch Brot haben!

Den kranken, gebrechlichen und alten Bauern aber unentgeltliche staatliche Fürsorge, damit die Last des Altenteils, der Arzt- und Apothekerrechnungen, der Unfallversicherung von den Schultern der arbeitenden Bauern genommen wird!

**Arbeitsbauern, ans Werk!** In jedem Dorf ein Ausschuß zur Wahrung der Bauernrechte! Zusammenschluß der Bauernkomitees mit den Kampfausschüssen der Arbeiterklasse!

Schluß mit der Diktatur der Junker, Bankiers und Schlotbarone! Fort mit dem Maulkorb für Versammlungen, Zeitungen und Demonstrationen! Schluß mit den Pfändungen und Zwangsvollstreckungen! Her mit dem Staat der Arbeiter und arbeitenden Bauern!

Die kommunistische Partei steht als einziger ehrlicher Freund der arbeitenden Bauernschaft an der Spitze dieses Kampfes. Das von der Zentralkomitee der KPD am 15. Mai 1931 beschlossene Programm der Hilfe für die wertaktigen Bauern zeigt den einzigen Ausweg.

## Bauernhilfsprogramm der KPD.

Die Schulden der kleinen und mittleren Bauern, Winger, Gemüsebauern und Kleintierhalter betragen mindestens 5 Milliarden Mark!

**Wir verlangen Niederzahlung dieser Schuldenlast!**

Die Schuldenzinsen der wertaktigen Bauern an die Banken und Geldwechsler betragen jährlich mindestens 500 Millionen Mark!

**Weg mit diesem Tribut an das Finanzkapital!**

Die direkten Steuern der kleinen Bauern betragen mindestens 150 Millionen Mark jährlich!

**Wir fordern Aufhebung dieser Steuerlast und Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern!**

Die indirekten Steuern, die den wertaktigen Bauer beim Kauf von Produkten stark belasten und durch Verteuerung der Lebenskosten der künftigen Massen den Absatz der Produkte der Bauernwirtschaft stark einschränken, eine Hauptursache der großen Preispanne

zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sind, betragen rund 8 Milliarden Mark!

**Wir fordern Aufhebung der indirekten Steuern!**

Die Pachtlasten der wertaktigen Bauern betragen jährlich mindestens 400 Millionen Mark.

**Wir fordern Aufhebung dieses Tributs an die Großgrundbesitzer!**

18 000 landwirtschaftliche Großbetriebe verfügen in Deutschland über 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ungeeignet für Fortschritt).

**Wir fordern entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernjugend!**

2,5 Milliarden Mark! gibt die Brüning-Regierung für sogenannte „Dröbisse“ den offiziiellen Junkern, Großbauern und Bankherren.

**Wir fordern staatliche Beihilfe für die wertaktigen Bauern, Bereitstellung der 2,5 Milliarden Mark „Dröbisse“-Mittel ausschließlich für die Wertaktigen!**

Die Futtermittel- und Industriezöllepolitik der Brüning-Schiele-Regierung erhöhen die Produktionskosten der bäuerlichen Wirtschaft um etwa 40 Prozent. Die Getreidezölle verteuern die Lebenshaltung der auf Zulau von Brotgetreide angewiesenen Kleinbauern, schränken die Konsumkraft der Massen und damit die Absatzmöglichkeit für die Produkte der Bauernwirtschaft enorm ein.

**Wir fordern Aufhebung der volksfeindlichen Zölle!**

Hunderttausende kleine Bauern, Bauernjöhne und -töchter haben durch Massenarbeitslosigkeit den zur Erhaltung der bäuerlichen Existenz notwendigen Verdienst aus Lohnarbeit verloren. Die Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland bedeutet allein eine Verminderung des Masseneinkommens und der Konsumkraft um 5 Milliarden Mark jährlich. Wiederherstellung dieser Konsumkraft bedeutet Erweiterung des Absatzmarktes für landwirtschaftliche Produkte um 40 Prozent des Gesamtwertes der heutigen landwirtschaftlichen Produktion. Das von der kommunistischen Partei aufgestellte Programm zur Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden in der Woche mit Lohnausgleich, Wohnungsbau und Straßenbau, Flugregulierung usw. ermöglicht Arbeit für alle Arbeitslosen und Hebung der Massenkonsumkraft.

**Wir fordern bestmögliche Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD!**

Durch Gesetze und Verordnungen haben der Reichstag und die Regierung bestimmt, daß zehntausende der von Arbeitslosigkeit betroffenen, auf Lohnarbeit angewiesenen Kleinbauern, Bauernjugend,

wie auch die Kleinfisher, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, damit der Ruin ihrer kleinen Wirtschaft beschleunigt wird.

**Wir fordern volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, auch für die von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Bauern, die Bauernjugend und Kleinfisher!**

Die Belastung durch Mietensteuern, zur wohnortunabhängigen Sicherung des Lebensabwands der alten Bauern und Bäuerinnen, ist für Hunderttausende bäuerlicher Betriebe untragbar geworden. Ausgaben für erkrankte Familienmitglieder (Arzt, Arznei, etc.) können größtenteils von den bäuerlichen Massen nicht mehr getragen werden. Mietensteuern und Krankensteuern belasten die bäuerlichen Wirtschaften mit mindestens 500 Millionen Mark jährlich.

**Wir fordern staatliche Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauernschaft, Winger und Fischer!**

Durch ihre selbsttätige Verordnung vom 27. März 1931 verfügte die Brüning-Schuler-Regierung zugunsten der Großgüterbesitzer die zwangsweise Einschränkung des Anbaus von Zuckerrüben um 30 bis 40 Prozent für die bäuerlichen Zuckerrübenpflanzer. Mit Hilfe des Reichsbrandweinmonopols verfügte die Regierung zugunsten der großen Brennereien eine unerhörte Einschränkung des Brennereirechts der Kleinbäuerlichen Brenner.

**Wir fordern sofortige Aufhebung der Zuckerrüben-Rangierungsverordnung vom 27. März 1931 und Aufhebung der Beschränkung des Brennereirechts der bäuerlichen Kleinbrenner!**

Die Unternehmer führen eine unerhörte Offensive zum Aufbau der Löhne der Arbeiter und Angestellten um 10 bis 30 Prozent. Die Durchführung dieses Lohnraubes würde eine Senkung der Massenkonsumkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark und damit weitere Einschränkung des Absatzmarktes für Agrarprodukte um etwa 30 bis 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion bedeuten, ferner auch Senkung des Einkommens der noch in Lohnarbeit lebenden Kleinbauern und der Bauernjugend. Unter Führung der kommunistischen Partei und der KPD muß deshalb die werktätige Bauernschaft den Kampf des Proletariats unterstützen:

**Gegen jeden Pfennig Lohnraub!**

Rund 2 Milliarden Mark jährlich betragen die durch den Young-Plan festgelegten Reparationsanfragen, die die deutschen Kapitalisten wild und ganz aus den arbeitenden Massen herauspressen.

**Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!**

**Kampf für die Besserung der Lage der Arbeiter und Bauern, für die Arbeiter- und Bauernregierung, für ein freies sozialistisches Deutschland!**

24

## **Broschüren für die werktätige Landbevölkerung**

### **Die Forderungen der Grünen Front vor dem Reichstag** / Herausgegeben von der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die Vertreter der Grünen Front behaupten, daß durch sie die Wünsche aller Landwirte berücksichtigt würden, also sowohl der Großgrundbesitzer als auch der Kleinbauern. Die Unsinnigkeit dieser Behauptung beleuchtet die kommunistische Reichstagsfraktion an Hand von Schaubildern über die Verteilung des landwirtschaftlich genutzten Bodens und über den Wert der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Durch Abdruck des amtlichen Stenogramms der Auseinandersetzung ihres Sprechers mit den Vertretern der Grünen Front im Reichstag und durch Vorlage einer Reihe von bäuerlichen Anträgen, die von ihr eingebracht wurden, zeigt sie, daß nur die Kommunisten sich für die werktätige Bauernschaft einsetzen.

### **Wer hilft dem Landvolk?**

In der Broschüre zeigt der Reichs-Bauernbund die Ursachen des Zerfalls der Bauernwirtschaften auf und zeigt gleichzeitig den Ausweg aus weiterer Verelendung. Dieser Ausweg kann nur im engsten Kampfbündnis aller Werktätigen in Stadt und Land, insbesondere mit der revolutionären Arbeiterschaft, siegreich beschritten werden.

### **Die Gutsherren bauen die Löhne ab**

Die Broschüre bringt Material über die Landarbeiterlöhne. Aus dem Inhalt: Der Lohnraub der Gutsherren und wie er verhindert werden kann. / Rede des Landarbeiterführers Neddermeyer vor dem Preussischen Landtag. / Landarbeiterentwurf der kommunistischen Fraktion im Landtag, Abstimmung der einzelnen Parteien über diese Anträge.

### **Putz: Der Bauer mit dem Traktor**

Kollektivwirtschaften und Staatsgüter in der Sowjetunion. Der Sozialismus läßt sich nur verwirklichen, wenn parallel mit der Entwicklung der sozialistischen Industrie die Entwicklung einer sozialistischen Landwirtschaft vor sich geht. Die Broschüre gibt ein klares Bild über diese Entwicklung der neuen Epoche, deren Symbol der Bauer mit dem Traktor ist.

### **Bauer Giesbrecht wandert zurück nach Sibirien**

Die Broschüre zeigt die Ursachen der Auswanderung russischer Bauern aus ihrer Heimat und die Sowjetheute; die damit verbunden war. Einer dieser Bauern, der inzwischen in seine Heimat zurückgekehrt ist, schildert anschaulich das Leben in seinem Heimatdorf und die Enttäuschungen der meisten Auswanderer in Deutschland.

### **Was ist der Fünfjahrplan?**

In dieser Broschüre ist in lebendigen Bildern der gigantische Kampf des siegreichen russischen Proletariats um die Verwirklichung des Sozialismus beschrieben. Die ersten Erfolge sind schon sichtbar. Eine mächtige Industrie wird aufgebaut. Großzügige soziale Einrichtungen werden geschaffen, Siebenstundentag und Fünftagewoche durchgeführt. Jede Broschüre (16 Seiten) 10 Pfennig

**Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25**

# Die Wahrheit über die USSR.

## Das Land ohne Arbeitslose

Ein Kenner Sowjetrußlands zeigt mit Hilfe von Statistiken, daß in der Sowjetunion im Rahmen des Fünfjahresplanes und der Fünftagewoche für jeden Werktätigen reichlich Arbeit vorhanden ist und daß alle Meldungen der SPD-Presse über Hunger und Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion erlogen sind.

## 150 befreite Völker

Das Nationalitätenproblem in der Sowjetunion. Das Nationalitätenproblem, eine der schwierigsten Fragen, mit denen die kapitalistischen Staaten zu zingen haben, ist in der USSR. gelöst worden. Die Freiheit der Nationen, beim Bürgertum nur ein Schlagwort, wurde in der Sowjetunion erreicht. Hier leben über 150 Völker nebeneinander, befreit vom Kapitalismus, befreit von nationaler Unterdrückung.

## Ural-Kusbaiß

Das neue Zentrum der sozialistischen Schwerindustrie. Mitten in Sibirien ist ein Kohlenbecken gelagert. Kusnez, das die Kohlenvorräte ganz Deutschlands um das Vierfache übertrifft, 2000 Kilometer davon entfernt, im Ural, sind gewaltige Erzlager. Es wird eine Verbindungsbahn gebaut, dreimal so lang wie Turksib, und so entsteht der Mittelpunkt der sozialistischen Schwerindustrie. 6,5 Millionen Tonnen Gußisen werden bereits 1933 hier geschmolzen.

## Volksgesundheit, eine wichtige Voraussetzung für den sozialistischen Aufbau in der USSR.

Während in der deutschen Republik Wissenschaftler und Aerzte vorwiegend die Aufgabe haben, die arbeitende Bevölkerung bis zum Zusammenbrechen „arbeitsfähig“ zu erhalten, richtet die Sowjetmedizin und die Sowjetwissenschaft ihr Augenmerk darauf, Krankheiten zu verhüten, den erkrankten Arbeiter so lange zweckmäßig zu behandeln, daß er voll arbeitsfähig wird. Die Parole des Volksgesundheitskommissariats lautet: „Vorbeugung ist wichtiger als Heilung.“

## Millionen Frauen finden Arbeit und Brot

1 300 000 Frauen sind in Deutschland arbeitslos. In der USSR. werden im Jahre 1931 1 600 000 Frauen in den Arbeitsprozeß eingereiht. Alle Berufe stehen ihnen offen. So wurde gleichzeitig mit der proletarischen Klasse auch die proletarische Frau befreit.

Jede Broschüre, 16 Seiten, nur 10 Pfennig.

Die Broschüren sind erhältlich in jeder Buchhandlung, wo nicht, wenden Sie sich direkt an den

**Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin C 25**